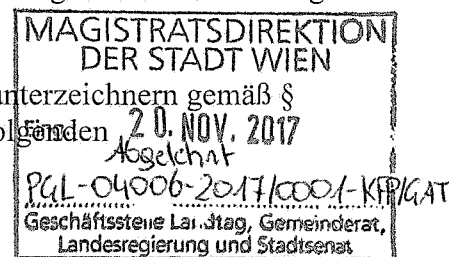


Beschlussantrag der FPÖ-Gemeinderäte Armin Blind, Dr. Wolfgang Aigner, Elisabeth Schmidt, Gerhard Haslinger, Angela Schütz, Mag. Martin Hobek und Nemanja Damnanovic betreffend **Rückübertragung der außerschulischen Jugendarbeit an den Magistrat der Stadt Wien**, eingebracht in der Spezialdebatte „Bildung, Integration, Jugend und Personal“ zum Budgetvoranschlag 2018 am 20.11.2017.

Die außerschulische Wiener Jugendarbeit wird seit Jahrzehnten durch unzählige stadtnahe Vereine organisiert. Neben den beiden großen Vereinen „Verein Wiener Jugendzentren“ und dem Verein „Wien EXtra“ bestehen in den Bezirken zahlreiche Vereine, die Parkbetreuung und Ähnliches anbieten und ohne ein nachvollziehbares System aus diversen öffentlichen Töpfen finanziert werden. Gegen den Einsatz von Vereinen zur Erledigung öffentlicher Aufgaben wäre dann nichts einzuwenden, wenn es mit Hilfe der Rechtsform von Vereinen gelänge, ehrenamtlich tätige Mitarbeiter zu motivieren und in nennenswertem Ausmaß private finanzielle Ressourcen (über Spenden und Mitgliedsbeiträge) zu lukrieren. Die jüngsten Berichte des Stadtrechnungshofes zeigen jedoch dramatisch auf, dass beide Zielsetzungen von den betroffenen Vereinen verfehlt, respektive gar nicht erst angestrebt werden. Die Vereine bestehen nur aus wenigen Mitgliedern, die meist auch noch beim Verein angestellt werden. Auf die Einhebung von Mitgliedsbeiträgen wird statutenwidrigerweise gänzlich verzichtet. Obwohl die Vereine ausschließlich mit öffentlichen Geldern arbeiten, ist die interne Kontrolle mangelhaft oder gar nicht vorhanden. Auffällig sind die zahlreichen In-sich-Geschäfte, welche Vorstandsmitglieder in eigener Sache mit den Vereinen abschließen und bei denen Interessenkonflikte zu Lasten der Steuerzahler programmiert erscheinen. Auch die zuständigen Magistratsabteilungen scheinen bei der Kontrolle der zahlreichen Vereine überfordert, hat es doch offenbar des Stadtrechnungshofes bedurft, um diese Missstände ans Tageslicht zu befördern. Der Verdacht, dass die Vereinskonstruktion ausschließlich dazu dient, intransparente, parteinahe Strukturen außerhalb der Stadt Wien zu schaffen, die unter dem exklusiven Einfluss roter und grüner Funktionäre und Mandatäre stehen, hat sich durch die Berichte des Stadtrechnungshofes erhärtet.

Im Zuge der nunmehr laufenden Strukturreformen innerhalb der Stadt Wien sollten auch diese intransparenten Parallelstrukturen im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit hinterfragt und im weiteren auch bereinigt werden.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Gemeinderat nachfolgendes



Beschlussantrag:

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, die außerschulische Jugendarbeit in Wien, soweit sie ausschließlich aus Steuermitteln finanziert wird, an den Magistrat der Stadt Wien unter Einbindung der Bezirke zu übertragen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

[Handwritten signatures of council members]